



Deutschland.

O. C. Reichstags-Verhandlungen.

5. Sitzung des Reichstages. (5. November.)
12½ Uhr. Am Ende des Bundesrates Delbrück, v. Kameke, General v. Voigts-Rhein, Major Blume, Oberst Fries (Bayern) und Anderen.

Ein Schreiben des Abg. v. Heeremann, der zum außerordentlichen Regierungsrat ernannt und in Zweifel ist, ob durch diese Ernennung die Fortdauer seines Mandats in Frage gestellt wird, wird der Geschäftsausschuss-Commission überwiesen.

Die erste Beratung des Gesetz-Entwurfes über den Landsturm, in die das Haus nunmehr tritt, geht sofort auf die einzelnen Bestimmungen der Vorlage so gründlich ein, daß wir ihren Wortlaut voranschicken müssen. Sie lautet:

§ 1. Das Aufgebot des Landsturms erfolgt durch kaiserliche Verordnung, in welcher zugleich der Umfang des Aufgebots bestimmt wird.

§ 2. Nachdem das Aufgebot ergangen ist, sind auf die von denselben betroffenen Landsturmpflichtigen die für die Landwehr geltenden Vorschriften Anwendung. Insbesondere sind die Aufgebotenen den Militärstrafgesetzen und der Disciplinarordnung unterworfen.

§ 3. Der Landsturm erhält bei Verwendung gegen den Feind militärische, auf Schuhweite erkennbare Abzeichen und wird in der Regel in besonderen Abteilungen formiert. In Fällen außerordentlichen Bedarfs, oder wenn es an geeigneten Führern für besondere Formationen fehlt, kann jedoch auch die Landwehr aus dem Landsturm ergänzt werden.

§ 4. Die Auflösung des Landsturms wird vom Kaiser angeordnet. Mit der Auflösung der betreffenden Formationen hört das Militärverhältnis der Landsturmpflichtigen auf.

§ 5. Die zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Bestimmungen erläutert der Kaiser.

§ 6. Gegenwärtiges Gesetz kommt in Bayern nach näherer Bestimmung des Landsturmsvertrages vom 23. November 1870 (Bundesgesetzbl. 1871 S. 9) unter III § 5 zur Anwendung.

Kriegsminister v. Kameke: Das Gesetz will dem § 6 des Reichsmilitärgesetzes genügen, nach welchem die Dienstverhältnisse der Landsturmpflichtigen durch ein Gesetz geregelt werden sollen. Die Mitglieder der Commission für das Militärgefeß werden in der Vorlage grobtheitlich ihre eigenen Gedanken wiederfinden. Durch sie erhält der Landsturm einen wesentlich anderen Charakter, als er 1813 hatte. Es liegt die Absicht vor, ihm mehr militärische zu organisieren, ihm unter das Militärgefeß zu bringen, ihm mit militärischen Abzeichen zu versehen und ihm dadurch den Schutz zu sichern, der im internationalen Verkehr der bewaffneten Macht gewährt wird. Man will außerdem die Möglichkeit haben, Teile des Landsturms, sei es territorial oder nach den verschiedenen Altersklassen geordnet, auszufüllen zu können, um, wenn das Aufgebot erfolgt, nicht mehr davon zu nehmen, als das augenblickliche Bedürfnis erfordert, ohne daß der Fall ausgeschlossen ist, daß in leichter Instanz die Nation im Augenblick der höchsten Not, wenn es sich um die höchsten Güter der Selbstständigkeit handelt, mit voller Kraft auftritt und Alles, was ihr zu Gebote steht, in die Waagschale legt. Die Bundesregierung hofft, daß der Gedanke, der diesem Gesetz zu Grunde liegt, die Billigung des Reichstages finden werde. Die Presse hat sich bereits mit dem Gesetz beschäftigt und namentlich die auswärtige Presse hat in der Vorlage dieses Gesetzes einen Beweis zu finden geglaubt für Erwerbungsgesetze des deutschen Reiches. Eine genaue Betrachtung wird aber davon überzeugen, daß diese Ansicht eine irrite ist. Einmal sind ja die Elemente, aus denen der Landsturm besteht, durch das Gesetz vom November 1867 bereits festgestellt. Sovann ist das vorliegende Gesetz aus der Initiative des Reichstags selbst hervorgegangen, und man wird ihm unmöglich besondere Erörterungsgesetze zuschreiben; endlich aber sehen Sie sich doch die Elemente an, um die es sich hier handelt: das sind keine Elemente, mit denen man überzeugend führt, sondern es sind einige und allein die letzten Vertheidiger des Landes. Der Landsturm soll durch dies Gesetz nur geträumt werden, damit er die Vertheidigung des Vaterlandes, wie sie die Armee in erster Instanz zu führen hat, kräftige und starke.

Abg. Graf Ballerstrem: Die Vorlage präsentiert sich zunächst als die harmlose Ausführung einer gesetzlichen Bestimmung; sie hat aber durch ihren Inhalt, als er im Lande bekannt wurde, allgemeine Sensation erzeugt und alle Klassen der Bevölkerung folgen seiner Berathung im Reichstage mit dem größten Interesse. Durch den § 1 wird zuerst eine wesentliche Beschränkung des Landsturmgesetzes vom Jahre 1867 befeitigt, nach dessen § 16 der Landsturm nur einberufen werden darf, wenn ein Einfall des Feindes ins Land stattgefunden hat oder das Land von einem solchen bedroht ist. Nach § 1 der Vorlage kann aber der Landsturm ohne Weiteres bei Beginn des Krieges, ja sogar bereits vor Ausbruch des Krieges einberufen werden. Es kann nicht die Ansicht des Reichstags in voriger Session gewesen sein, einen Landsturm zu schaffen, wie ihn dies Gesetz will, sondern man hatte den vom Jahre 1813 im Auge. Wie aber die Motive des Gesetzes und ebenso der Kriegsminister mit anerkannten Werthaltigkeit ausgeprochen haben, soll der neue Landsturm nichts mehr und nichts weniger sein, als eine Art Landwehr zweiten Aufgebotes. Die Reichsregierung hat aber außerdem auf den alten Landsturm auch nicht verzichtet, sondern sie will die alte Institution im Fall der Not gleichfalls in vollem Umfange zur Anwendung bringen. Bis jetzt haben wir immer geglaubt, der Landsturm sei bereits die äußerste Maßregel zur Niederwerfung des Feindes, jetzt aber soll nach dem stehenden Heer und der Landwehr noch eine Zwischenstation eingeschoben werden, nämlich der neu organisierte Landsturm und sodann als letzte Instanz soll der alte Landsturm bleiben. Ich halte es aber auch für zweifelhaft, ob der gegenwärtige Entwurf verfassungsmäßig zulässig ist. Artikel 59 der Reichsverfassung, der die Rechtsverhältnisse des Reiches in Bezug auf das Militär regelt, nimmt vom Landsturm gar keine Notiz.

Nun behaupte ich nicht, daß Alles, was die Verfassung nicht erwähnt, verboten sei; doch kann unmöglich in die Verhältnisse, welche die Verfassung geregelt hat, in solcher Weise, wie das hier geschieht, eingegriffen werden, ohne daß man vorher die Verfassung ändert. Die völlig neue Organisation des Landsturms in diesem Gesetz, wodurch die Verhältnisse des stehenden Heeres auf das Wesentliche alteriert werden, erfordert daher für mich unzweckhaft eine vorherige Abänderung des Art. 59 der Reichsverfassung. — § 3 des Entwurfs spricht von militärischen Abzeichen. Was soll dieser unbestimmte Ausdruck heißen? Ich verstehe darunter, daß der neue Landsturm uniformiert werden soll. Ist dies aber richtig, und es kann nichts anderes bedeuten, so erinnere ich nur an die finanzielle Seite dieser Maßregel. Es fehlen in dem Entwurf und in den Motiven alle näheren statistischen Angaben über die Zahl der in Deutschland zum Landsturm gehörenden Männer und ich vermag sie auch nicht einmal annähernd abzuschätzen; aber wenn auch nur ¼ des neuen Landsturms uniformiert werden soll, so würde das wiederum eine gewaltige Mehrlastung für das Reich in sich schließen, die wir zu bewilligen gezwungen sind, sobald wir dies Gesetz in seiner gegenwärtigen Gestalt annehmen. Ich denke doch, m. h., wir hätten ohnehin nachgerade für militärische Zwecke nicht zu wenig Ausgaben. Woher nimmt die Reichsregierung die Berechtigung zu einer solchen Neuerung auf diesem Gebiet? Der § 14 des Gesetzes von 1867 gewährt sie ihr keineswegs, denn dieser Paragraph spricht nur vom stehenden Heer, von der Landwehr und der Marine, und beim Landsturm handelt es sich ja gerade um Diejenigen, die keiner dieser Kategorie angehören. Ganz besonders bedenklich ist sodann der § 5 des Entwurfs. Was läßt sich unter diesen Paragraphen nicht Alles subsumieren. Stellen Sie sich doch nur die Consequenzen vor. Die Reichsregierung will durch diese Neuorganisation eine Verstärkung der Landwehr, also mehr Truppen haben. Diese neuen Mannschaften sollen einberufen werden; um sie einzuziehen, muß die Verwaltung Kenntnis von ihnen haben.

Es müssen also Listen über sie geführt werden, sie müssen kontrolliert werden, d. h. es muß das ganze gegenwärtige Landwehr-Controllverhältnis auf sie ausgedehnt werden. Welche tiefe eingreifende Strömungen, welche empfindliche Belästigungen das für Staatsbürger mit sich bringt, die bereits in vorgerückten Jahren stehen, das werden sie so gut erneissen können wie ich. Dazu kommt noch eins. Um den Landsturm gebrauchsfähig zu erhalten, wird er zu Übungen einberufen werden müssen, damit er bei Ausbruch des

Krieges nicht etwa mit einer ihm unbekannten Waffe zu kämpfen hat u. s. w. Das sind die Consequenzen dieses Paragraphen und dieses Gesetzes. Durch diesen Entwurf wird die Dienstzeit um 16½ Jahre verlängert. (Hört!) Das ist eigentlich des Pudels Kern an diesem ganzen Gesetze. Es ist von allen Standpunkten aus, die man einnehmen kann, gewiß nicht zu rechtfertigen, daß die allgemeine Dienstpflicht, die wir alle so hoch schätzen und auf die wir stolz sind, so ungünstig ausgedehnt wird. Auch der rein militärische Standpunkt fällt dies nicht wollen. Wir wissen die seit 50 Jahren in Fleisch und Blut des Volkes übergegangene Errungenheit der allgemeinen Wehrpflicht nicht dadurch auf's Spiel zu setzen, daß wir den Bogen allzuweit anspannen und Verhältnisse einführen, die unerträglich werden. Aber auch die Schlagfertigkeit der Feldarmee selbst kann nicht gewinnen, sondern nur leiden durch die Einführung einer solchen Neuorganisation.

Ich erinnere nur daran, daß nothwendig Feldoffiziere und Unteroffiziere werden abkommandiert werden müssen zur Führung des Landsturms, und diese können leicht der Feldarmee empfindlich fehlen. Endlich sprechen auch rein politische Gründe mit gewichtiger Stimme gegen die Vorlage.

Die nothwendige Folge ihrer Annahme wird sein, daß die Nachbarstaaten ihrerseits zu weiteren militärischen Rüstungen angestochen werden. Wohin soll das endlich führen?

Ich denke, es ist an der Zeit, sich zu befragen, ob denn

in der That alle und jede Kraft des Landes nur für militärische Zwecke angepaßt und verwandelt werden soll. Dies die Gründe, weshalb ich und meine Freunde für das Gesetz in seiner gegenwärtigen Gestalt in keinem Falle stimmen können. In voriger Session wurde von einer Seite, die die Regierung in militärischen Fragen gewiß nicht Opposition macht, bereits auf das Bedeutliche eines solchen Gesetzes hingewiesen. Der Abgeordnete v. Malzahn-Güls sprach die Befürchtung aus, der Reichstag könnte dazu gedrängt werden, aus dem Landsturm eine Landwehr zweiten Aufgebotes zu machen. Er hat, wie wir sehen, richtig prophezeit und ich rechte auf die Befürchtungen des Vorredners nicht.

Der Regierung in militärischen Fragen gewiß nicht Opposition macht, bereits auf das Bedeutliche eines solchen Gesetzes hingewiesen. Der Abgeordnete v. Malzahn-Güls sprach die Befürchtung aus, der Reichstag könnte dazu gedrängt werden, aus dem Landsturm eine Landwehr zweiten Aufgebotes zu machen. Er hat, wie wir sehen, richtig prophezeit und ich rechte auf die Befürchtungen des Vorredners nicht.

Die Mitglieder unserer Fraction haben in der Militär-Commission des vorigen Jahres gegen ein Postulat eines solchen Gesetzes gestimmt, weil unseres Erachtens das Gesetz nur den Zweck verfolgen konnte, für den äußersten Nothfall, für welchen die Einberufung des Landsturmes überhaupt nur in Aussicht genommen werden kann, die Rechte der einzelnen Staatsbürger mit allen dazu erforderlichen Kautelen zu umgeben. Uns erschien eine solche vorzügliche Gesetzgebung ungefähr in die Kategorie jener Gesetze zu gehören, welche in gewisse Gefangenbücher aufgenommen sind für den Fall, daß Jemand vom Thurne fällt. Es gibt eben Fälle, für welche sich keine Gesetze machen lassen, und die freiheitliebendsten Völker haben für solche äußersten Nothfälle kein anderes Gesetz zu geben gewußt, als die Dicatur zu übertragen an eines ihrer Mitglieder. Eine solche Dicatur, welche im deutschen Reiche in den Händen der obersten Spize liegt, bietet in sich viel größere Garantie für das Recht der Einzelnen, als die Dicatur in einem Einheitsstaate jemals haben bieten können; sie bietet vor Alem die Garantie für eine gerechte und gleichmäßige Durchführung der höchsten Zumuthungen, welche in solchem Falle nicht erwartet werden können. Es ist mir gleichgültig, ob Sie die Vorlage als ein Gesetz über den Landsturm oder über die Landwehr zweiten Aufgebots charakterisieren, es soll die äußerste Nothwehr der Nation organisieren, und wenn in den Motiven dahinter noch eine Art Landsturm zweiter Klasse in Ansicht genommen zu sein scheint, so ist das ein Schein, der trifft und namentlich den ersten Redner misleitet hat.

Ich glaube nicht, daß die Regierung die Absicht gehabt, auf Maßregeln wie Brunnengesetzungen hinzuweisen, die in der Praxis selten Anderes bezeichnet haben, als günstigen Fällen die Vertheidigung eines Ortes, eines Hauses oder eines Platzes zum Nachtheil der Gesamtheit. Ich glaube, daß die Regierung nichts Anderes damit in Aussicht hat neben wollen, als die Möglichkeit des Anschlusses derjenigen freiwillig sich bietenden Elemente, welche durch keine andere Organisation, auch durch dieses Gesetz nicht getroffen werden, um sie hineinzuziehen in die Organisation, um auch Leute unter 17 Jahren, welche nie für den Militärdienst eignen, heranzuziehen und Leute über 42 Jahre, denn ich kann nicht entschieden genug darauf hinweisen, daß der Volkskrieg in seiner früher berechtigten Form sich nach den Erfahrungen der letzten Kriege als ein für den Nutzen des Vaterlandes verderbliches Mittel herausgestellt hat. Ich komme auf diesen Punkt noch einmal zurück. Die Verfassungsbedenken des ersten Herrn Vorredners hat, glaube ich, der lekte Herr Vorredner zur Genüge widerlegt, er hat dem § 57 in wirtschaftlicher Weise den § 59 der Verfassung gegenübergestellt. Ich glaube auch, daß, wenn solche Bedenken geltend gemacht werden sollen und können, der Zeitpunkt für dieselben eingetreten wäre bei der Emanation des Gesetzes vom 9. November 1867 und bei der Bekämpfung der Reichsverfassung durch den Reichstag, nachdem eben der Landsturm durch die §§ 2, 3 und 16 dieses Gesetzes ausdrücklich reaktiviert ist und durch die deutsche Reichsverfassung abermals seine Kraftigkeit erfahren hat, ist jetzt ein Bedenken dagegen nicht mehr am Platze. Wenn der erste Herr Redner sich über die Gleichstellung der Verhältnisse des Landsturmes zu denen der Armee beschwert, sie als verfassungs- und rechtswidrig bezeichnet und im Vergleich zu der jüngsten Bestimmung auf die Bestimmung von 1813 verweist, so scheint er übersehen zu haben, daß in dem Gesetz vom 21. April 1813 die ausdrückliche Gleichstellung der Stärmer mit den Soldaten des stehenden Heeres bereits ausgesprochen ist, wie das nach der Natur der Sache ja gar nicht anders sein kann.

Die Abzeichen, auf welche er Bezug genommen hat in der Bestimmung,

dass der Landsturm mit besonderem Abzeichen versehen werden soll,

wollen allein es möglich machen, ihm jeden völkerrechtlichen Schutz zu gewähren, welchen ihm zu geben das Gesetz in erster Linie beweist, wenn er diese Bestimmung als eine mit Nothwendigkeit folgende Uniformirung des Landsturmes hinstellt, so mag das ja sein, daß eine Uniformirung erfolgen kann, ich habe nichts dagegen, sie wird erfolgen, wenn Mittel und Zeit dazu da sind, und sie wird unterbleiben, wenn eins oder das andere fehlt, denn daß ein uniformirter Landsturm besser ist als ein nicht uniformirter, unterliegt keinem Zweifel; daß es aber Abzeichen giebt, die mit der Uniform nicht zu vergleichen sind, wird das gehegte kriegsgeübte Mitglied von jener Seite des Hauses nicht in Abrede stellen. Daß gerade aus diesem Munde, der früher berufen hat, in einer so starken Opposition mit § 5 des Gesetzes sich befindet, habe ich nicht vermuthet. Der § 5 entspricht allen Gesetzen, welche wir in diesem Hause und in anderen Parlamenten zu erlassen in der Lage waren, mit dem einzigen Unterschiede, daß, während in anderen die Ausführung der Gesetze den Ministern übertragen wird, sie hier im Bundesstaate des deutschen Reiches dem obersten Kriegsherrn, dem deutschen Kaiser übertragen wird. Nur würde ich erwartet haben, daß man diesem Organ mindestens dasselbe Vertrauen entgegenbringe, wie welches wir mit Nothwendigkeit in der Lage sind, jedem seiner Minister bei jedem Gesetze entgegen zu tragen. Wenn er aus der Gleichstellung des Landsturmes im Einberufungsfall aus § 5 die Möglichkeit deducirt, daß es der Militärbehörde freistehen soll, den Landsturm auch in Friedenszeiten zu Controle und Übungen zu berufen, so über sieht er, daß von einem Bestehen und Berufen des Landsturms erst dann die Rechte sein kann, wenn ein feindlicher Einfall Theile des Bundesgebietes bedroht oder überwiegt.

Die Abzeichen, auf welche er Bezug genommen hat in der Bestimmung,

dass der Landsturm mit besonderem Abzeichen versehen werden soll,

wollen allein es möglich machen, ihm jeden völkerrechtlichen Schutz zu gewähren, welchen ihm zu geben das Gesetz in erster Linie beweist, wenn er diese Bestimmung als eine mit Nothwendigkeit folgende Uniformirung des Landsturmes hinstellt, so mag das ja sein, daß eine Uniformirung erfolgen kann, ich habe nichts dagegen, sie wird erfolgen, wenn Mittel und Zeit dazu da sind, und sie wird unterbleiben, wenn eins oder das andere fehlt, denn daß ein uniformirter Landsturm besser ist als ein nicht uniformirter, unterliegt keinem Zweifel; daß es aber Abzeichen giebt, die mit der Uniform nicht zu vergleichen sind, wird das gehegte kriegsgeübte Mitglied von jener Seite des Hauses nicht in Abrede stellen. Daß gerade aus diesem Munde, der früher berufen hat, in einer so starken Opposition mit § 5 des Gesetzes sich befindet, habe ich nicht vermuthet. Der § 5 entspricht allen Gesetzen, welche wir in diesem Hause und in anderen Parlamenten zu erlassen in der Lage waren, mit dem einzigen Unterschiede, daß, während in anderen die Ausführung der Gesetze den Ministern übertragen wird, sie hier im Bundesstaate des deutschen Reiches dem obersten Kriegsherrn, dem deutschen Kaiser übertragen wird. Nur würde ich erwartet haben, daß man diesem Organ mindestens dasselbe Vertrauen entgegenbringe, wie welches wir mit Nothwendigkeit in der Lage sind, jedem seiner Minister bei jedem Gesetze entgegen zu tragen. Wenn er aus der Gleichstellung des Landsturmes im Einberufungsfall aus § 5 die Möglichkeit deducirt, daß es der Militärbehörde freistehen soll, den Landsturm auch in Friedenszeiten zu Controle und Übungen zu berufen, so über sieht er, daß von einem Bestehen und Berufen des Landsturms erst dann die Rechte sein kann, wenn ein feindlicher Einfall Theile des Bundesgebietes bedroht oder überwiegt.

Daher hat auch Abg. Dunder keine Ursache, über Controle und Friedensübungen des Landsturms Bestimmungen zu wünschen, obwohl ich auch nichts dagegen habe, wenn Selbstverständliches auch noch explizite im Gesetze gesagt wird. Die politischen Gründe des ersten Redners geben mir noch zu einigen Bemerkungen Veranlassung. Er sagt: woher soll es führen, wenn wir wieder mit einer neuen Rüstung vorangehen und die Nachbarstaaten auffordern, uns zu folgen. Das ist eine Umdrehung thatsächlicher Verhältnisse. Die anderen Nationen sind uns in der That vorangegangen und wir sind in der Lage zu entscheiden, ob im Falle der Not die Nation verpflichtet ist, hinter dem stehenden Heere zu stehen oder nicht. Frankreich hat, während wir die zwöljährige Dienstzeit haben, eine zwanzigjährige und zwar mit rückwirkender Kraft, Frankreich hat statt 18 Armeecorps, die wir aufstellen, 19, eine Friedensarmee von 1,300,000 Mann, eine Kriegsarmee, eine armee territoriale von mehr als 1 Million. Die Gesamttruppe, welche zur Landesverteidigung verwendet werden kann, beläuft sich auf 2½ Millionen, der Beitrag der deutschen Armee, sowieso wie nach Graf Ballerstrem verfassungsmäßig ist, auf 1,250,000 Mann. Wir bleiben also hinter den französischen Wehrkraft erheblich zurück. Was die Bedenken des Abg. Dunder betrifft, so hat er befürchtet, daß man vorziehen werde, alte gediente Leute einzuberufen, statt solcher die wegen körperlicher Mängel ihrer Zeit zurückgestellt sind, um die Ungleichheit, die jetzt schon zu seinem, wie zu meinem Bedauern besteht, daß die gedienten Leute fortduenen müssen und junge Leute ausfallen, noch weiter auszudehnen. Mir scheint, er hat dabei eines übersehen, nämlich daß sämmtliche junge Mannschaft, welche theils ihrer hohen Lohnsumme, theils häuslicher Verhältnisse, theils ihrer zeitig unzulänglichen körperlichen Ausbildung wegen zur Ausbildung im stehenden Heere nicht gelangt, zur Controle und Friedensübungen berufen werden, eben aus dem Cadettenhause entlassenen Subaltern-Offizieren übertragen werden. Am besten wären selbstgewählte oder durch die Organe der Selbstverwaltung bestimmte Offiziere mit dem Commando zu betrauen. Nach dieser Richtung hin wird eine Amendment des Entwurfs nothwendig sein. Um allen Besorgnissen und Befürchtungen die Spitze abzubrechen, möchte ich bitten, die Vorlage an eine Commission

zu verweisen. Wir billigen die Grundgedanken des Entwurfs, finden ihn nicht verfassungswidrig, können keine Verstärkung des Militarismus darin erkennen. Wir erkennen aber darin den Gedanken, daß jeder Bürger zur Vertheidigung des Vaterlandes berufen ist, (Beifall!) Wir sehen in diesem Entwurf, eben so wenig wie in der Wehrverfassung von 1814, eine Kriegsgefahr, sondern nur eine Bürgschaft des Friedens.

Abg. Graf Bethyus-Huc: Meine politischen Freunde und ich fühlten nicht das Bedürfnis, diese Vorlage in eine Commission zu verweisen. Wenn wir trotzdem für eine solche Verneinung stimmen werden, so geschieht es, weil uns die Rede, die wir soeben gehört haben, überzeugt hat, daß in Partien noch erhebliche Bedenken obhalten, welche mit dem Grundgedanken des Gesetzes mit uns vollkommen einig sind, und weil wir gern die Hand dazu bieten wollen, in gemeinsamer Berathung auch diese Bedenken auf dasjenige Maß zurückzuführen, welches wir als ein berechtigtes anerkennen können. Die Mitglieder unserer Fraction haben in der Militär-Commission des vorigen Jahres gegen ein Postulat eines solchen Gesetzes gestimmt, weil unseres Erachtens das Gesetz nur den Zweck verfolgen konnte, für den äußersten Nothfall, für welchen die Einberufung des Landsturmes überhaupt nur in Aussicht genommen werden kann, die Rechte der einzelnen Staatsbürger mit allen dazu erforderlichen Kautelen zu

des Landsturms. Die Bestimmung, welche der Herr Abgeordnete ferner in dies Gesetz hineinzu bringen wünscht, daß der Landsturm nur zur Vertheidigung des heimischen Heeres verwandt werden soll, scheint nur in ihrem Haupttheile eine selbstverständliche zu sein. Fälle lassen sich denken, wo man den heimischen Heer auch außerhalb der Grenzen durch den Landsturm vertheidigen muß und solche Fälle vorkommen, so würde der Herr Abg. Dünker der letzte sein, der als Landsturm nicht einen Spaziergang machen würde, auch außerhalb der Grenzen. Den hier berührten Punkt, betr. die Führer, finde ich hier in einem Blatte, welches in der Hauptstadt unserer Provinz erscheint leider auch schon in einer Weise angeregt, welche mir im Interesse derjenigen Mannschaften, welchen der Abg. Dünker vertheidigen wollte, höchst bedenklich ist. Dort wird geradezu die Wahl der Führer des Landsturms vorgeschlagen und der Abg. Dünker hat diesen Modus nicht absolut ausgeschlossen. Es würde das Land und die Wohlfahrt dieser Männer aufs Äußerste gefährden, wenn wir ihnen ein Recht in die Hand geben, welches nie zu gebrauchen absolut unfähig sind. Wir können auch diesen Theil der Organisation vertrauensvoll in die Hände derjenigen Verwaltung legen, welche in den letzten Jahren gezeigt hat, daß sie nicht leichtfertig mit dem Blute ihrer Mitbürger umgeht. Man wird sich gewiß vor der Klappe hüten, die in diesem Artikel angedeutet ist, alten Männern junge 16jährige Bursche als ihre Vorgesetzten zu geben, wie werden an ausgedienten Offizieren Material genug haben, ohne dazu greifen zu müssen, was der Herr Abgeordnete Graf Valletrems uns als Gefahr hinstellte, nämlich das Heer von seinen Offizieren und Unteroffizieren zu entblößen, wie werden Leute, wie den Herren Grafen Valletrem zu Führern haben (Heiterkeit), der sich an dem stehenden Heere nicht mehr beteiligt und ich bin überzeugt, er wird dort seine Schuldigkeit thun. Ich würde aber glauben, daß wir heute durch die gesetzliche Normierung derjenigen Kategorien unserer Mitbürger, aus denen wir die Führer zum Landsturm nehmen wollen, der Sache mehr schaden als nützen.

Ich glaube dennoch mich dem Antrage des Herrn Abg. Dünker, die Sache an eine Commission zu verweisen, nicht mehr zu widersezen und will nur noch die Hoffnung aussprechen, daß wir uns auf diesem Boden, da wir über den Hauptgesichtspunkt einig sind, über die noch obwaltenden Bedenken leicht verständigen werden.

Hiermit schließt die erste Berathung. Persönlich bemerkte Abg. v. Malzahn-Gütz: Der Abg. Graf Valletrems hat meine Prophezeiung erfüllt, wo ich da vor warnte, in dem Landsturm eine Landwehr zweiten Aufgebotes zu constituiiren. Nun, meine Herren, da Sie meine Warnung damals nicht beachtet haben, so nehmen Sie nun als Consequenz der damaligen Nichtbeachtung das heutige Gesetz an. (Heiterkeit.)

Auf den Vorschlag des Präf. wird das Gesetz an eine Commission von 14 Mitgliedern, nicht, wie Abg. Windhorst wünschte, von 21 Mitgliedern verwiesen.

Es folgt die erste Berathung des Gesetzentwurfes, betreffend die Ausübung der militärischen Kontrolle über die Personen des Beurlaubtenstandes, die Übungen derselben, sowie die gegen sie zulässigen Disciplinarstrafen.

Bundesbevollmächtigter von Kamke beschränkt sich auf die Bemerkung, daß die Vorlage über die militärische Kontrolle über die Personen des Beurlaubtenstandes mit möglichst geringen Belästigungen für dieselben durchzuführen bezieht.

Abg. Richter (Hagen): Der Gesetzentwurf bedarf in mehreren Punkten der Verbesserung und ich halte es daher für zweckmäßig, ihn einer Commission zu überweisen. In der Vorlage ist nicht vorgezeichnet, wo ich darüber warnte, in dem Landsturm eine Landwehr zweiten Aufgebotes zu constituiiren. Nun, meine Herren, da Sie meine Warnung damals nicht beachtet haben, so nehmen Sie nun als Consequenz der damaligen Nichtbeachtung das heutige Gesetz an. (Heiterkeit.)

Auf den Vorschlag des Präf. wird das Gesetz an eine Commission von 14 Mitgliedern, nicht, wie Abg. Windhorst wünschte, von 21 Mitgliedern verwiesen.

Es folgt die erste Berathung des Gesetzentwurfes, betreffend die Ausübung der militärischen Kontrolle über die Personen des Beurlaubtenstandes, die Übungen derselben, sowie die gegen sie zulässigen Disciplinarstrafen.

Bundesbevollmächtigter von Kamke beschränkt sich auf die Bemerkung, daß die Vorlage über die militärische Kontrolle über die Personen des Beurlaubtenstandes mit möglichst geringen Belästigungen für dieselben durchzuführen bezieht.

Abg. Richter (Hagen): Der Gesetzentwurf bedarf in mehreren Punkten der Verbesserung und ich halte es daher für zweckmäßig, ihn einer Commission zu überweisen. In der Vorlage ist nicht vorgezeichnet, welche Melbungen die Personen des Beurlaubtenstandes zu erstatzen haben, obgleich sie wegen unterlassener Melbungen mit Strafe belegt werden. Auch erscheint es mir nothwendig, eine Bestimmung in das Gesetz aufzunehmen, nach welcher die Control-Versammlungen einschließlich der Hin- und Rückfahrt nicht länger als einem Tag dauern dürfen oder doch, wenn dies sich als unmöglich erwiese, Kompetenzen für Fahrung und Fahrkosten gezahlt würden. Auch ist nicht zu vergeßen, daß Control-Versammlungen früher mehrfach zu politischen Zwecken, namentlich für Wahlzwecke, benutzt worden. In Bayern sind in jüngster Zeit einmal die Mannschaften mit der Auflage zur Control-Versammlung einberufen worden, mit der Kriegsdenkmünze zu erscheinen und ein Reserve-Unteroffizier, der dies, ich weiß nicht, aus welchem Grunde, unterlassen hatte, wurde mit einem Jahre Gefängnis bestraft. Der Fall ist in der „Süddeutschen Presse“ constatirt worden. Ich vermisste ferner in dem Entwurf eine Bestimmung, wonach die Mannschaften nicht außerhalb der Provinz zu Übungen herangezogen werden dürfen, eine Bestimmung, die besonders für die Mannschaften der Garde wichtig ist. Auch sind keine Bestimmungen über die Übungen der Offiziere getroffen, obgleich wir ein Interesse haben, den Umfang der Lasten der Landwehr-Offiziere gesetzlich zu bestimmen. Denn wenn die Lasten wachsen sollten, würde das ganze Institut gefährdet; es würden immer Wenigere Landwehr-Offiziere werden. Wichtig ist ferner die Regelung des Verhältnisses der Disciplinarstrafen.

In der kaiserlichen Verordnung über die Disciplinarstrafen ist festgesetzt, daß gegen Personen des Beurlaubtenstandes Arrest nur bis zu drei Tagen verhängt werden soll. In diesem Entwurf ist aber die Bestimmung nicht wiederholt. Ein wichtiger Punkt ist die Frage, ob die Strafen im Militär- oder Civil-Arrest verhängt werden sollen. Auch vermisste ich jede Bestimmung darüber, wie die Militär-Arrestsachen beschaffen sein sollen. Gestern ist eine Verfügung des Kriegsministers bekannt geworden, nach welcher es nicht daran ankommt, ob die Strafe in einer förmlichen Militär-Arrestanstalt, die aus mehreren Zellen besteht, oder in einem einfachen Arrestlocal verbüßt wird. Alle diese Punkte bedürfen noch der gesetzlichen Regelung und ich bitte antrag deshalb, die Vorlage derselben Commission zur Vorprüfung zu überweisen, welche sich mit der Vorberathung des Gesetzentwurfes über den Landsturm beschäftigt wird.

Das Haus tritt diesem Vorschlage Richters einstimmig bei.

Damit ist die heutige Tagesordnung um 2½ Uhr erschöpft. Der Präsident teilt mit, daß sämtliche Spezial- und Ausnahmen des Militär-Etats, der erst morgen zur Vertheilung kommen wird, bereits heute in die Hände der Mitglieder gelangen werden und empfiehlt unter Zustimmung des Hauses die Wahl einer Commission von 21 Mitgliedern für den Reichshausbank-Etat, dessen erste Berathung Montag 11 Uhr beginnen soll. Zugleich ordnet er die Wahl der neuverdrossenen Comissionen an und erläutert die bereits gewählten in nachdrücklicher Weise, die Zweitwähler bis zur nächsten Plenarsitzung am Montag nach besten Kräften zu benutzen.

Berlin, 5. November. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem kaiserlich russischen Collegienrat Dr. med. Treusch v. Buttilar zu Mostau und dem Arzt der deutschen Botschaft in St. Petersburg, Dr. med. Lehwess, den Königlichen Kronen-Orden 4. Klasse; und dem vormaligen Bergakademiker, jetzigen Kaufmann William Latham zu Philadelphia, die Rettungsmedaille am Bande verliehen.

Se. Majestät der König hat den Staats-Procurator Pattberg in Trier zum Ober-Procurator bei dem Landgericht in Saarbrücken ernannt.

Die Titular-Navigationslehrer Reuter zu Leer und Noelle zu Danzig, sowie der Navigationschul-Aspirant Birr zu Pillau sind zu Navigationsschulern ernannt worden.

Den Civil-Ingenieuren Riehn, Meinicke und Wolf zu Görlitz ist unter dem 3. November 1874 ein Patent auf eine selbstthätige Vorrichtung zum Füllen der Pumpen-Windkessel mit Luft auf 3 Jahre erteilt worden.

(Reichsamt)

Gewinn-Liste der 4. Classe 150. Königl. Preuß. Clasen-Lotterie.

Nach dem Bericht von Engel Nachfolger, Friedrichstr. 168,

ohne Gewähr.

Bei der am 5. Nov. fortgesetztenziehung 4. Classe 150. königl. preußischen Clasen-Lotterie sind nachstehende Gewinne gefallen:

Der Erste Hauptgewinn von 150,000 Thlrn. auf Nr. 81,473.

Ein Hauptgewinn von 25,000 Thlrn. auf Nr. 58,835.

2 Hauptgewinne von 10,000 Thlrn. auf Nr. 30,769 und 84,960.

2 Gewinne von 5000 Thlrn. auf Nr. 25,171 und 25,600.

3 Gewinne von 2000 Thlrn. auf Nr. 11,950, 58,848 und 94,364.

51 Gewinne von 1000 Thlrn. auf Nr. 1067, 4376, 4979, 8788,

10,862, 12,268, 12,282, 12,816, 13,092, 13,243, 13,570, 17,708, 17,779,

17,972, 19,282, 19,776, 24,574, 25,053, 26,075, 26,844, 26,910, 28,663,

29,242, 36,173, 41,041, 44,073, 44,859, 45,496, 47,174, 47,355, 48,214,

51,594, 55,506, 56,498, 59,276, 60,842, 63,689, 64,162, 64,764, 66,469,

66,783, 67,328, 70,781, 72,822, 74,876, 75,862, 77,693, 80,008, 80,985,

86,939 und 94,821.

52 Gewinne von 500 Thlrn. auf Nr. 2709, 3509, 6847, 6878,

9416, 11,013, 11,466, 13,968, 14,331, 15,993, 18,122, 19,058, 19,469,

19,958, 20,007, 22,197, 23,024, 27,660, 29,187, 31,353, 31,452, 31,519,

40,468, 41,956, 42,305, 49,008, 50,637, 50,923, 53,162, 53,205, 54,214,

54,781, 55,416, 60,884, 61,247, 63,647, 67,993, 69,720, 73,106, 74,669,

77,317, 77,397, 77,661, 78,143, 79,054, 79,621, 81,984, 83,984, 84,968,

86,041, 86,676 und 90,240.

63 Gewinne von 200 Thlrn. auf Nr. 1453, 2704, 6353, 7215,

7444, 10,073, 11,401, 13,930, 14,692, 20,106, 20,276, 26,885, 27,617,

27,641, 31,371, 32,186, 33,609, 33,838, 33,866, 34,586, 35,268, 35,349,

36,011, 36,594, 38,796, 40,546, 41,841, 42,608, 42,731, 43,764, 43,894,

63,14, 63,16, 63,873, 63,310, 60,469, 57,639, 59,214, 60,780, 61,359,

62,306, 63,081, 64,421, 67,755, 68,519, 69,029, 71,856, 72,968, 74,228,

75,245, 76,185, 78,798, 78,978, 80,016, 83,936, 84,039, 86,970, 87,385,

88,847, 89,904, 92,441, 93,042 und 93,498.

Gewinne zu 70 Thlr. (Nur die Gewinne zu 100 Thlr. sind den befreitenden Nummern in Parantbete beigefügt.)

31. 35. 44. 84. 158. 214. 21. 92. 411. 74. 510. 14. 61. 727. 54.

846. 988. 1052. 58. 121. 92. 259. 99. 306 (100). 558. 670. 752.

855. 83. 2053. 84 (100). 89. 147. 83. 216. 19. 82. 83. 302. 34. 39.

734. 843. 45. 61. 916. 83. 3024. 28. 39. 93. 104. 65. 207. 323. 41.

491. 521 (100). 35. 626. 43. 826. 40. 52. 967. 4011. 65. 116. 200.

98. 319 (100). 98 (100). 424. 30 (100). 73. 510. 39. 622. 93. 747.

859. 65 (100). 903. 19. 22. 5091. 138. 69. 81. 213. 404. 15. 505

(100). 55. 635. 750 (100). 806. 67. 96. 952. 80. 6026. 34. 36. 114.

25. 45. 220. 47. 53. 308. 35. 426. 32. 576. 603. 53. 754. 59. 817.

52. 58. 7048. 87. 409. 25. 525. 60. 610. 53. 55. 85. 701. 45 (100).

81. 88. 812. 69. 997. 8026. 70. 85. 115. 202. 10. 32. 92. 307. 14.

37. 61. 420. 21. 55. 97. 574. 92. 638. 39. 66. 73. 709. 70. 822. 55.

93. 9001. 121. 382. 484. 85. 523. 66. 629. 716. 84. 801. 10. 28.

67. 953. 96.

10,003. 31. 34 (100). 115. 24. 240. 59. 61. 318. 27. 428. 591.

622. 41. 43. 709. 21. 25. 56. 815. 61. 66. 94. 933. 56. 11,020.

77 (100). 285. 91 (100). 311. 14. 55. 402. 3. 52. 586. 616. 94. 785.

803. 33. 929. 64. 12,070. 90. 94. 182. 232. 343. 63. 489. 665. 759.

820. 34. 66. 98. 901. 55. 13,008. 17. 36. 50. 84. 107. 14 (100). 47. 74.

98. 226. 30. 46. 93. 94. 99. 307. 14. 94. 409. 511. 698. 785. 91.

865. 88. 908 (100). 44. 50. 14,006. 40 (100). 76. 114. 44. 47. 62. 65.

290. 403. 523. 615. 787. 850. 60. 914. 52. 84. 15,000. 53. 103.

54. 254. 81. 493. 509. 42. 46. 670. 720. 44. 843. 84. 900 (100).

29. 16,006. 8. 34. 96. 107. 247. 69.

Deutschfreundlichkeit entspringt, sondern lediglich aus Verdruss darüber, daß die spezifisch elssässischen, oft nur eingebildeten Rechte und Interessen im Reichstage unvertreten bleiben, aber es ist nach der angeführten Kundgebung und ähnlichen voraufgegangenen doch vielleicht anzunehmen, daß bei der nächsten Wahl zum deutschen Reichstage die elssässischen Wähler sich zehnmal bestimmen, ehe sie, wie diesmal, ihre Angelegenheiten den Händen französischer Chauvinisten und römischer Abbe's und Curé's anvertrauen. — Am letzten Sonnabend, den 31. October, fand im hiesigen Schlosse, dem früheren Eigentum der beiden Napoleons, das bekanntlich der Bibliothek, wie einem Theile der Universität vorläufig gastliche Aufnahme gewährt hat, die feierliche Übergabe des Rectorats der Universität von dem Prof. Dr. Hoppe-Seyler von der medicinischen Facultät an Prof. Dr. G. Schmoller, den bekannten „Kathedersocialisten“, statt. Letzterer hielt bei dieser Gelegenheit eine sehr ansprechende Rede über die erste Blüthe Straßburgs in der Hohenstaufenzeit und die volkswirtschaftliche Krise im 13. Jahrhundert. Die Rede wird demnächst im Druck erscheinen und zwar im 6. Heft der von Prof. Wilh. Scherer bei Trübner hier selbst herausgegebenen „Quellen und Forschungen zur Culturgeschichte der germanischen Völker.“

Deutschland.

* * Wien, 4. November. [Das Abgeordnetenhaus und neue Actiengesetz. — Die Laibacher Handelskammer. — Aus dem Pester Reichstage. — Das Kaiserpaar in Paribis-Kladub.] Das sind schöne Auspicien, unter denen das Abgeordnetenhaus in die dritte Periode des Auersperg-Lasser'schen Regiments getreten ist! Alle, alle, auch die enragirtesten Blätter der Verfassungspartei sind darüber einig, daß sich etwas Dürftigeres an Gedanken, ein trostloses Chaos von Gemeinplägen aller Art gar nicht denken lasse, als die gestrige Generaldebatte über das neue Actiengesetz! Sieben Redner haben das Wort ergriffen: sie gehörten alle, vom Ersten bis zum Letzten, zu den Diis minimorum gentium. Bezeichnete schon darin die völlige Unfähigkeit und Unlust des Hauses, in diesen Dingen etwas zu leisten, sich zur Genüge ab, so ist der Grund, weshalb die hervorragenden Capacitäten das Schweigen dem Reden vorzogen, noch viel charakteristischer. „Im Hause des Gehan- genen spricht man nicht gern vom Strick.“ Götska studirt wieder eine Rede gegen die Jesuiten, die hinreißend schön sein wird, aber Tiranen gegen das Actienwesen sind verbotenes Terrain für den Recken des Ritters Osenheim von Ponteurin. Sapientia sat. So steht es um die ganze Tafelrunde, so steht es bei allen Parteien! Neben die Einzelheiten der Debatte auch nur ein Wort verlieren, hieße Ihre Leser zwecklos langweilen. Sein Sie sicher, man wird irgend etwas zusammenbrauen, was dem Auslande Sand in die Augen streut und gar nichts nützt. — Dr. Bahns hat die Laibacher Handelskammer aufgelöst, in der seit den Tagen Hohenworts durch allerlei illegale Manöver die Slovenen die Majorität erlangt hatten. Sie missbrauchten diesen schon an sich unnatürlichen Zustand — denn Handel und Gewerbe liegen in den Händen der Deutschen — um das Institut in einen Heerd nationaler Agitationen zu verwandeln. Die Maßregel ist daher nach jeder Richtung hin gerechtfertigt. — In Pest berath das Abgeordnetenhaus jetzt die Amendments des Oberhauses, welche das Zustandekommen der Wahlgesetz-Novelle verhinderten. Die Details sind für das Ausland ohne Interesse. Charakteristisch für die Parteiherrschaft der Rechten aber ist, daß gestern in einer Hauptfrage die äußerste Linke das Haus überrumpeln konnte. Es gelang Baron Simony seinen Antrag, der die Bestimmung, daß das Wahlrecht von der plünktlichen Steuer-Entrichtung abhängig sei, amandirt, mit 63 gegen 61 Stimmen zur Annahme zu bringen — in einem Hause, das über 400 Mitglieder zählt. Darüber gab es denn heftige Recriminationen und diese führten zur Zersetzung jener Mittelpartei, auf deren Gründung man so stolz gewesen, als Ghyczy aus der Opposition ins Ministerium trat. So bricht dort das Chaos, kaum beschworen, auf's Neue herein. — Unser Ministerium verspricht sich, wie ich Ihnen gleich Ansangs andeutete, viel vor dem Aufenthalte Ihrer Majestäten bei Paribis zu den Tagden. Man sagt, die Kaiserin werde gegen die Aristokratinnen von der Feudal-Dissolution, welche die Tagden mitmachten, ein Wort fallen lassen, daß sie sich freuen würde, die Damen während der Winteraison in Wien zu sehen. Ein solcher Wunsch aus solchem Munde wäre Befehl und so brauche ich seine Bedeutung nicht weiter auszuführen. Aber — relato refero.

Italien.

Florenz, 16. Oktbr. [Der Clericalismus und das religiöse Gefühl in Italien.] Unter dieser Überschrift veröffentlicht die Berliner „Post“ folgende, ihr von einem der namhaftesten Politiker Italiens zugängliche Studie:

Ich erinnere mich, vor Jahresfrist in einer Correspontenz des „Nord“ über den durch Herrn v. Bismarck wider die Katholiken unternommenen Kampf (richtiger hätte der Correspondent sagen sollen: „über die Verbündigung des Herrn v. Bismarck gegen die Angriffe der Ultramontanen“) folgende Worte gelesen zu haben:

„Im Grunde vermeinen wir, daß er (dieser Kampf) die Italiener einerseits ebenso sehr erschreckt, wie er sie andererseits beruhigt. Man darf eben eines der Elemente der Situation nicht vergessen: den Zustand der Gemüthe in Italien, wo der Glaube noch in voller Kraft lebt. Freilich erregt die Priesterherrschaft Abneigung, aber man ist religiös gesinnt und die Italiener würden es mißliebig vermischen, wenn sie keinen Papst mehr befähen. Ihr Traum, das Ideal ihrer Gedanken, findet sich in Cabot's Programm: „die mit dem Papstthum ausgebildete Einheit Italiens.“

Und doch ist nichts weniger wahr. Auf dem Lande, namentlich in größeren Entfernung von den städtischen Mittelpunkten, mag der priesterliche Einfluß von Bedeutung sein, selbst in dieser oder jener Stadt sich auf das weibliche Geschlecht erstreden — das ist unbestreitbar, das ist ein auch in anderen Ländern zugegebene Factum, was noch in weit höherem Maße von Spanien, Frankreich und Belgien als von uns gilt.

Wenn übrigens derselbe Correspondent anführt, daß das Ideal der politischen Auffassung der Italiener in dem Cabot'schen Programme enthalten ist, so denkt er dabei an die unterrichtete und an Bildung höchsthedende Gesellschaftssphäre. In diesem Falle aber macht er sich einer sonderbaren Vermeidung der Zeitabschnitte und der verschiedenen Stufen unserer Cultur schuldig und vertauscht das Programm der Neukatholiken mit demjenigen des großen Ministers des neuen Königreichs Italien. Die Ausführung des Papstthums mit den Fortschritten der Civilisation war gerade der edelmäßige Traum jener Schule, welche in Frankreich von den Patres Lacordaire, Lamennais und dem Grafen Montalembert geleitet, bei uns Vanzoni und Giberti zu Führern hatte; ein Traum jedoch, gegen den die einsichtsvollsten Geister unaufhörlich protestirten. Nur daß die Proteste der Italiener bona fide erhoben wurden und auf Bekämpfung eines wenngleich in bester Absicht proclamirten Grundsatzes abzielten, während die Proteste der Franzosen jeden Ausgleich verhorrescirten und auf Unterstützung des päpstlichen Absolutismus hinausließen. Von der Wahl Pius IX. (16. Juli 1846) bis Ende April 1848 gab es in der That einen Zeitraum, in welchem die Wirklichkeit nicht nur von dem politischen Credo dieser Schule durchdrungen zu sein, sondern dasselbe sogar noch dahin erweitert zu haben schien, daß sie den Papst zum Symbol der Wiedergeburt Italiens und zu seinem politischen Oberhaupt machen wollten. Die Illusion schwand aber bald und die verhängnisvolle Ansprache des Papstes vom 29. April 1848 zerstörte in einem einzigen Augenblitze die Hoffnungen der Leichtgläubigsten. Seitdem hörte der Neukatholicismus auf, als Schule oder Partei zu existiren, hinterließ aber neben einem wenig patriotischen Renommee nur zu viel Nachwirkt.

Dennach kann man wohl sagen, daß die einfältigeren Volksklassen, gefolgt von der ungeübten Menge, weit entfernt, auf Verjährung unserer Politik mit dem Papstthum zu rechnen, heute eine solche Idee als eine gefährliche Utopie einmütig bekämpfen.

Ganz verschieden von dieser Idee, und in gewisser Hinsicht ihr absolutes

Gegenteil, ist das Programm Cabours: „Die freie Kirche im freien Staate.“ Ich will hier nicht untersuchen, ob in den geheimen Gedanken dieses großen Staatsmannes die Freiheit der Kirche wahrhaftig mit der Sicherheit unserer politischen Institutionen für vereinbar gehalten wurde, oder ob nicht vielmehr diese berühmte Form Formel nur eine geschickte Mystification war, zu dem Zweck, um sowohl in Italien wie anderwärts die aufrichtigen, aber gefälschten Katholiken von der Jesuitenpartei zu trennen.

In allen diesen Fällen muß man zugeben, daß sie heute für Italien den Ausgangspunkt aller Beziehungen zu der Kirche bildet. Das heißt indessen nicht, daß man ihr in Italien besonderen Glauben beimisse, wie der Correspondent des „Nord“ meint. Bei uns, die wir seit Jahrhunderten und nach einer schwerlichen Erfahrung das Papstthum kennen, ist der religiöse Glaube längst erwidert. In religiöser Hinsicht existiert Italien so gut wie gar nicht.

Worauf gründet sich denn also die Behauptung, die Italiener würden es missfällig vermerken, wenn sie keinen Papst mehr hätten? Es wäre ein arger Irrthum, wollte man die von dem Parlamente dem Papste mit dem Garantiegesetz gemachten Concessions in diesem Sinne deuten. Indem das italienische Parlament dieses Gesetz erließ, handelte es nicht allein nach der Schön auf seine Fabre geschriebenen Cabot'schen Formel von der „freien Kirche im freien Staate“, sondern mußte obendrein sehr ernste und gebietserische Umstände in Betracht ziehen, welche von den Volksvertretern mit aller durch die Schwierigkeit der Lage bedingten Umsicht erwogen wurden. Obgleich keine Nachgiebigkeit hingereicht haben würde, um den Hass und die Wuth der Jesuiten zu besänftigen, hielt man es doch für staatsklug, dem Papste in der Convention dasjenige anzubieten, dessen Verweigerung die Missbilligung und das Unbehagen aller herborgerufen haben würde, die nicht aus Interesse, sondern aus Selbstäusserung oder Irrthum dem Papste angingen. Man gewöhnte also dem Papstthum aus freien Stücken viel mehr, als ihm irgend eine andere Regierung jemals gewährt haben würde. Auf diese Weise antworteten die Italiener auf die seitens des Vaticans und Frankreichs wider sie geschleuderten Verleumdungen und Anschuldigungen.

Das ist der wahre Sinn des Garantiegesetzes. Man täuscht sich aber, wenn man daraus folgern will, die Italiener vermerken es missfällig, falls sie keinen Papst mehr haben würden. Es ist zu bellagen, daß diese Anschuldigung, die eine große Ungerechtigkeit wider die italienische Nation in sich schließt, es vielleicht der Regierung gegenüber nicht gleichfalls thut. Unglücklicherweise sprechen die Thassachen für ihre Entschlossenheit, um jeden Preis zu einer Aussöhnung mit dem Papstthum zu gelangen. Diese Neigung, die man schon vor dem 20. September 1870 ahnte und nachher, namentlich aber nach dem Erlaß des famous Garantiegesetzes, klar erkannte, scheint täglich deutlicher hervorzutreten. Der gegenwärtige Siegelbewahrer, Herr de Vigliani, ein Mann von ungewöhnlich liberaler Gesinnung, dabei vorwurfsfreien Charakters und unabkömmling Urtheils, scheint in diesem Punkte beinahe machlos angehoben eines überlegenen Willens, dem unsere Regierung sich fortwährend unterwarf zeigt. Vergabens zeigten selbst die gemäßigten unserer Zeitungen längst auf die Gefahr hin, welche Italien seitens der antikatholischen Vereinigungen bedroht. Mittlerweile bietet der Vatican stratos und in der tiefsten Weise der Regierung offenbaren Trost und das Gesetz schweigt fast immer dazu, indem es sich stets nur dann erinnert (wie z. B. in dem Fall des Bischofs von Mantua), wenn die allgemeine Entrüstung dem Ausbruch nahe ist. Aber das ist noch lange nicht alles. Es kommen Gesetzesübertretungen vor, an denen mitschuldig zu sein, die italienische Regierung nicht leugnen kann. Die langen und glorreichen Kämpfe der letzten Jahrhunderte sind bekannt, in denen die Staatsgewalt sich vor den kirchlichen Übergriffen zu schützen suchte, und die mit jenem Ausgleich endeten, der sich in dem Exequatur, dem königlichen Placet und dem königlichen Patronatsrecht zusammenfaßt. Kraft des Gesetzes verzichtete Italien auf einen Theil dieser Prätrogative, auf den andern verzichtete die Regierung aus Hass gegen eben dieses Gesetz.

Artikel 16 des Garantiegesetzes streicht das Exequatur und das königliche Placet betreffs Publikation und Ausführung der von den Kirchenbehörden ausgehenden Akte, wahrt beides jedoch, soweit es sich um Bestimmung der kirchlichen Güter handelt, ausgenommen Rom und die suburbikären Bischöfssäfte. Zudem war im vorhergehenden Artikel erklärt worden, daß in den Rechtswohlthätern des Königlichen Patronats nichts geändert werde. Auf welche Weise nun verfährt die italienische Regierung bei Auslegung und Anwendung dieses Gesetzes?

Offenbar beabsichtigt das Parlament, als es sich die Machtvollkommenheit vorbehält, das Exequatur und das Placet zu gewähren oder nicht, damit auch die Vortheile des Rechtswohlthats so gut, wie das Amt selbst gewähren oder verweigern zu können. Wenn über die Absicht des Gesetzes ein Zweifel bestehen könnte, so würden ihn die von dem Berichterstatter über dasselbe Gesetz, dem ehemaligen Herrn Bonighi, gelegentlich seiner Discutirung in der Kammer geäußerten Worte zerstreut haben. Er drückte sich bei dieser Gelegenheit folgendermaßen aus:

Exequatur und Placet bezeichnen sich auf den ganzen Alt, so daß, wenn die Regierung den Bischöfen nicht das Exequatur und den Pfarrern und geringeren Beneficiaten nicht das Placet ertheilt, alsdann weder Bischöfe, noch Pfarrer, noch andere Geistliche das Recht haben, Kirchenhandlungen zu verrichten.

Nun aber haben seit 1871 nur zwei Bischöfe das Exequatur verlangt, d. h. der Regierung ihre Ernennungsbulle präsentiert, worauf sich das Gesetz allein bekräftigt, alle übrigen haben sich dessen geweigert. Und trotzdem konnten sie ihr Amt antreten und ausüben. Desgleichen stehen wir vor dem selben Schauspiel, daß hunderte von bischöflicherseits ernannten Geistlichen da sind, die für den Staat so gut wie gar nicht existieren und doch das königliche Placet erhielten. So sanctionirt unsere Regierung eine so flagrante Gesetzesübertretung. Aber noch flagranter ist die, welche sich auf Übertragung der Beneficien des Königlichen Patronats bezieht. In den neapolitanischen Provinzen gibt es 55 von dem Königlichen Patronat abhängige Bischöfssäfte und 5 Abteien, deren Inhaber von den Königen Neapels weder präsentiert noch ernannt, sondern einfach eingesetzt wurden; der Papst besaß nur das Recht der Investitur. Auf Sizilien hängen die Bistümer unterschiedlos vom Königlichen Patronat ab.

Dennoch ernannte der Papst seit 1871 mehr als 20 Bischöfe im Neapolitanischen, unter anderen zu Almalfi, Ascoli, Cerignola, Bodino Castellane, Coenza, Foggia, Capua, Ischia, Iernia, Monopoli und noch neun andere auf Sizilien.

Wie Sie sehen, hochgeehrter Herr Chefredakteur, sind diese Thassachen ernst genug im Hinblick auf die Gegenwart, noch schwerer vielleicht als Symptome für die Zukunft. Zugem werden unsere Geiste tagtäglich und offen vom Clerus übertragen. Selbst die gemäßigten Zeitungen erheben schon ihre Stimme, um die Regierung aus ihrer Unfähigkeit aufzurütteln. Auch die „Perseveranza“ äußerte dieser Tage in einem lebenswerten Artikel: „Die Regierung kann nicht dulden, daß diese (die antikatholischen) Associazioni, welche offen die Absicht, das bestehende zu stürzen, predigen, am Leben bleiben.“ Diese Worte kennzeichnen die politisch-religiöse Lage Italiens.

Unsere Regierung duldet bisher und scheint es auch fernher thun zu wollen, die Existenz dieser Vereinigungen; das italienische Volk, von den vorgebrachten liberalen, bis zu den gemäßigtesten seiner Patrioten, verwehrt sich nachdrücklich gegen solche Duldung.

Rom, 31. October. [Die Dotation für Garibaldi.] Wie schon erwähnt, hält die „Gazzetta d'Italia“ die Nachricht für unbegründet, daß die Regierung dem Parlamente eine auf Dotirung des Generals Garibaldi gerichtete Vorlage zu machen gedenke. Als Hauptgrund führte gedachte Zeitung an, die Regierung dürfe sich bei dem bekannten Charakter des Generals keiner abschlägigen Antwort aussetzen. Zur Widerlegung dieses Grundes hat der Senator und Procurator des Florentiner Cassationshofes, Naffaele Conforti, nachstehenden Brief an den Director der „Gazzetta d'Italia“ gerichtet:

„Geehrtester Herr Director, Sie würden mich zu Danke verbinden, wenn Sie die Gefälligkeit haben wollten, nachstehende Erklärung in Ihr geheiligtes Blatt aufzunehmen. Nach Ihrer Meinung wäre es nicht ratsam, daß die italienische Regierung dem General Garibaldi in seiner Geldnot durch ein vom Parlament zu genehmigendes Gesetz zu Hilfe kommt, weil die Regierung nicht sicher ist, daß der General eine Dotation von Seiten der Nationalvertretung annimmt. Ich glaube im Gegenteil, daß dieses der passendste und des Landes, wie des Generals würdigste Weg wäre, und daß dieser ein Zeichen der Erkenntlichkeit, welches ihm von Seiten der Nationalvertretung entgegen gebracht würde, nicht abweisen wird. Sie müssen nämlich wissen, Herr Director, daß als der General Dictator von Süd-Italien war, der Ministerrath unter dem Vorsitz des Marchesa Pallavicino ein Decret unterzeichnet hatte, wodurch dem General Garibaldi zum Zeichen der Erkenntlichkeit für seine dem Lande geleisteten Dienste eine Rente von 150,000 Lire auf den Staatsdienst angewiesen wurde. Der Unterzeichnete war damals Minister des Innern und begab sich an den Voltorno, wo Garibaldi damals gegen das Bourbönische Heer kämpfte, um ihm das Decret im Namen des Ministerraths mit entsprechenden Worten zu überreichen. Aber Garibaldi wollte es nicht annehmen, indem er folgende Worte sprach: Wer macht mir dieses Geschenk? Ich antwortete: Die Regierung, welche das Land vertritt. Er aber antwortete: Die Regierung bin ich, und der Prodictator und die

Minister sind meine Bevollmächtigte, mein anderes Ich; und wenn ich darüber die Dotation annehme, so würde der General Garibaldi sich selbst beschamen. Nach diesen edlen Worten fuhr er fort: Nur dann kann ich die Dienste, welche ich dem Lande geleistet habe, ein Geschenk annehmen, wenn die Einheit Italiens mit Rom als Hauptstadt vollendet ist, und das Geschenk mir von der Nationalvertretung angeboten wird. Das sind die förmlichen Worte, welche der General Garibaldi damals zu mir gesprochen, und ich bin überzeugt, daß er sie nicht in Abrede stellen wird. Ihr ergebster Raffaele Conforti.“

[Die Königin-Mutter von Bayern] beabsichtigt, wie der „R. 3.“ von zuverlässiger Seite mitgetheilt wird, dem Papste noch vor Ablauf des Jahres persönlich ihre Huldigung darzubringen.

[Geschwader.] Am 27. October ist vor Messina ein französisches und am 28. vor Palermo ein englisches Geschwader angelommen.

Provinzial-Befreiung.

* * Breslau, 6. Novbr. [Se. Majestät der Kaiser] traf mit Sr. k. und k. Hoheit dem Kronprinzen, den königlichen Prinzen und dem schon mehrfach genannten Gefolge gestern Abend 5 Uhr 20 Minuten in Liegnitz ein. Auf dem Perron begrüßten Allerhöchstselbst den Generalen v. Kirchbach (der eigens deshalb von Posen nach Liegnitz gekommen war), v. Voigts-Rheiz und v. Rauch und seitens der Stadt der Bürgermeister Dertel. Se. k. und königl. Hoh. der Kronprinz unterhielt sich mit der städtischen Deputation, worauf die hohen Herrschaften direct nach dem Militär-Casino zu dem von dem Offiziercorps des Leibregiments offerirten Diner fuhren. Die Straßen, durch welche der Zug sich bewegte, sowie auch deren Umgebung, waren festlich geschmückt. Mit dem Eintritt der Dunkelheit entwickelte sich in der ganzen Stadt eine glänzende Illumination, während dichte Menschenmassen durch die Straßen wogten. — Der Aufenthalt der Allerhöchsten und hohen Herrschaften in Liegnitz verlängerte sich bedeutend, indem dieselben erst nach 8 Uhr die Weiterreise nach Breslau fortsetzten. (Über den hiesigen kurzen Aufenthalt enthält bereits die heutige Morgen-Nummer der Breslauer Zeitung einen ausführlichen Bericht.) — In Ohlau erfolgte die Ankunft der allerhöchsten und höchsten Herrschaften kurz vor 10 Uhr. Der Empfang war ein enthusiastischer. Alles prangte bei der glänzenden Beleuchtung im festlichen Schmuck.

9^{1/4} Uhr Morgens. So eben erhalten wir ein Privat-Telegramm aus Ohlau, wonach Se. Majestät der Kaiser mit Sr. k. und k. Hoheit dem Kronprinzen, dem fürstlichen Gefolge und den Jagd-Gästen Punkt 9 Uhr die Fahrt nach dem Jagdzettel angestellt hat. Eine ungeheure Volksmenge wogte auf den Straßen und Plätzen, durch welche der Jagdzug fuhr, der ununterbrochen mit donnerndem Hurrah-Rufe begrüßt wurde. Die ganze Stadt ist überall prächtig geschmückt.

Breslau, 6. November. [Angekommen:] S. Durchl. Fürst v. Haynsfeld-Trachenberg, freier Standesherr a. Schloss-Trachenberg. S. Durchl. Fürst v. Carolath-Beuthen, freier Standesherr a. Carolath. Ihre Durchl. Fürstin v. Carolath-Beuthen m. Familie a. Carolath. S. Excell. v. Crakoff, kaij. russ. wirkl. Staatsrat a. Petersburg. S. Excell. Graf v. Monts, General der Cavallerie a. D. a. Dresden. Steinmann, tgl. Reg.-Präf. a. Lüdensberg. (Fremdb.)

△ Steinau a. D., 5. November. [Gewerbeverein. — Wasserstand. — Strafen.] In der gestern Abend stattgefundenen Sitzung des bissigen Gewerbevereins erstattete der Vorsitzende, Herr Dr. Stern, zunächst Bericht über den in Aussicht stehenden Besuch des zur Zeit in Breslau weilenden Experimental-Physiten William Finn. Hieran schloß sich ein längerer ausführlicher Vortrag des Herrn Hoffmann über seine im verlorenen Sommer unternommene Reise nach und in Italien. Hierauf wurde die Sitzung geschlossen. — Der Wasserstand der Oder bleibt unausgesetzt ein außergewöhnlich niedriger, so wie zum Beispiel gestern der Pegel nur 4 Zoll Wasser nach und kann durchweg auf dem Grunde des Flusses gewahrt man unterhalb der hölzernen Brücke eine menge Pfähle, deren Köpfe gegenwärtig deutlich aus dem Sande fast nahe an die Oberfläche des Wassers hervorragen und von der letzten im Jahre 1632 abgebrochenen Brücke herrühren. Diese schwarzen leuchtenden Pfahlköpfe sind von der Brücke aus sehr leicht mit Steinholzklumpen zu verwechseln und haben dieselben, da gerade in dieser Gegend vor einigen Jahren ein mit Kohlen beladener Oderlauf der verunglückte, veranlaßt zu Wetten gegeben. Nach längerem Draufsuchen überzeugt man sich jedoch deutlich von der erwähnten Täuschung. Die an verschiedenen Stellen in ganzen Partien zusammenstehenden Pfähle lassen mit Sicherheit auf die dort gestandene Höhe der ehemaligen Brücke schließen. — Vor der Criminal-Abschöpfung der hiesigen königl. Kreis-Gerichts-Deputation stand vor gestern der Scholze eines benachbarten Dorfes, angeklagt wegen Felddiebstahl und wurde derselbe mit 4 Monaten Gefängnis bestraft. Über einen anderen ziemlich bemitleideten Stellenbesitzer, welcher sich der Hehlerschaft schuldig gemacht, wurde eine Strafe von 3 Wochen Gefängnis verhängt.

— Namslau, 5. Nov. [Zur Aufbesserung der Lehrergehälter.] Die seit 3 Jahren schwiegende Lehrer-Befreiungs-Angelegenheit dürfte nun endlich zu Ende kommen. Die königl. Regierung hatte bekanntlich die früher scheinbar von ihr begünstigte „Alterscala“ in Folge einer entgegengestellten ministeriellen Verfügung abgelehnt, wie dies auch bei allen denjenigen Communen geschehen, die eine Subvention aus Staatsmitteln begegneten. Da die Commune Namslau nun nicht in der Lage war, aus

[Notizen aus der Provinz.] * Banzlau. Der „Nied. Cour.“ meldet: Am Dienstag Nachmittag 2 Uhr traf mit dem von Berlin kommenden Personenzug Se. Excellenz der Kriegsminister a. D. Herr Graf v. Roon nebst Frau Gemahlin hier zum Besuch der hiesigen Verwandten, des Herrn Seminarirector Lang, ein und nahm im Hotel zum Kronprinz Absteige und Nachquartier. Im Laufe des Nachmittags nahm der Herr Graf v. Roon die Parade der Schüler der Waisenhaus-Schulanstalt ab und sprach seine Freude und Zufriedenheit hinsichtlich der militärischen Leistungen der Schüler aus. Mittwoch mit dem um 12 Uhr hier abgehenden Personenzug begab sich der Herr Graf v. Roon nebst Frau Gemahlin nach ihrem bei Reichenbach i. d. L. gelegenen Gute Grubnitz.

+ Görlitz. Die „Nied. Igt.“ meldet: Am Mittwoch Nachmittag traf der Kriegsminister a. D. Graf Roon nebst Frau Gemahlin auf dem biegen Bahnhof ein und begab sich nach kurzen Aufenthalten auch seinem Gute Grubnitz bei Reichenbach O.L. Die Herrschaften kamen von Banzlau, wo sie ihren Verwandten, der Familie des Seminar-Director Lang einen Besuch abgestattet hatten.

Glogau. Der „Nied. Anz.“ meldet: Am Mittwoch Nachmittag traf der Kriegsminister a. D. Graf Roon nebst Frau Gemahlin auf dem biegen Bahnhof ein und begab sich nach kurzen Aufenthalten auch seinem Gute Grubnitz bei Reichenbach O.L. Die Herrschaften kamen von Banzlau, wo sie ihren Verwandten, der Familie des Seminar-Director Lang einen Besuch abgestattet hatten.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

| November 5. 6. | Nachm. 2 U. | Abends 10 U. | Morg. 6 U. |
|--------------------------|-------------|--------------|---------------|
| Aufdruck bei 0°. | 336°/27 | 336°/37 | 336°/35 |
| Luftdruck | + 6°/9 | + 0°/3 | - 2°/3 |
| Lufttemperatur | 2°/55 | 1°/35 | 1°/53 |
| Dunstdruck | 70 p.C. | 90 p.C. | 94 p.C. |
| Wind | SD. 1 | SD. 1 | SD. 1 |
| Weiter | wolfig. | heiter. | heiter, Reif. |

Breslau, 6 Nov. [Wasserstand] D.-P. 4 M. 8 Em. U.-P. - M. - Em.

Berlin, 5. November. Das Geschäft eröffnete in recht fester Haltung und entwidete sich auch für einzelne Effecten eine recht rege Kauflust; im Allgemeinen kann aber doch die Stimmung nur wenig animirt genannt werden. Die Geldverhältnisse nehmen fortgesetzt eine freundlichere Physiognomie an und stellte sich der Discont am offenen Markt auf 4 bis 3%, überhaupt waren Discons leichter unterzubringen. Die feste Tendenz der Börse erlitt aber bald in gewissem Grade eine Einbuße durch die Restriktionen, die man an die vom Finanz-Minister in der gestrigen Reichstags-Sitzung gemachten Ausführungen über die augenblicklich ungünstig sich gestaltende Handelsbilanz Deutschlands knüpfte. Der Minister hatte zwar nur den bereits bekannten Standpunkt skizziert, aber die Constatirung der bestehenden Verhältnisse aus seinem Munde konnte um so weniger die Bedenken und die Befürchtungen, die eine etwaige Zunahme der Goldausfuhr wachrufen muß, beschwichten, als man gerade in finanziellen Kreisen sich zu der Ansicht hinneigt, daß die durch das Münzgesetz und durch den Entwurf zum Vantagel in Aussicht genommenen Umlaufsmittel zu gering bemessen sein möchten. Die internationalen Speculations-Papiere traten weniger in Verkehr, nur Österreicherische Creditationen wurden etwas reger umgesetzt. Die anfängliche Advance ging bald wieder verloren und weichen die Schlussnotirungen von den gestrigen Schlüsseuren kaum ab. Österreicherische Staatsbahn war vorzugsweise vernachlässigt, die localen Speculationsseffeten blieben sehr still und zeigte sich die Stimmung hierfür nur wenig fest. Disconto-Commandit 181, ult. 182-81, Dortmunder Union 38%, ult. 38-4-38-4-38, Laurahütte 136%, ult. 137%-6. Für Österr. Nebenbahnen entwidete sich lebhafte Nachfrage, die ihren Ursprung in der Haupthälfte dem für Galizien und Österr. Nordwestbahn aufstrebenden Deckungsbedürfnis entlehnt, die sich aber auch auf andere Devisen dieser Gattung erstreckte. Von letzteren sind besonders Böhmische und Elisabeth-Westbahn erwähnenswert. Auch in den auswärtigen Staatsanleihen entwidete sich ein recht lebhafte Verkehr, vorzugsweise waren hier alle Loospapiere begehrt und steigend. So namentlich Österreicherische Loose de 1860 und 1864, ferner Creditloose und Ungarische Loose. Österreicherische Renten in gutem Verkehr, am Schluß jedoch etwas abgeschwächt; ebenso Italiener sehr fest und anziehend. Türken unverändert. Amerikaner ruhig. Russische Wertpapiere vorwiegend still, nur Centralboden ziemlich belebt, auch in Böhmen einiger Verkehr. Preußische Bonds fest, aber weniger lebhaft. Andere deutsche Staatspapiere meist geschäftlos. Sämtliche Prioritäten zeigten größeres Leben, von deutschen Devisen waren 5% belebt, auch einige 4% gefragt. Raab-Grazer und Kaschau-Oderberger begehr. Russische Prioritäten sehr fest und bedeutend lebhafter als in der jüngsten Zeit. Auf dem Eisenbahnauction-Markt blieb der Umsatz in den engsten Dimensionen, die schweren rheinisch-westfälischen Speculationsdevisen ließen eher im Course nach, nur Bergische behaupteten sich ziemlich fest. Potsdamer waren sehr gefügt, auch zeigte sich Vorliebe für Rheinische und Leipziger B. Anhalter zu herabgesetzter Notiz fest. Rumänen matter. Ostpreuß. Südbahn, Westbahn, Brest-Grajewo, Brest-Kiew, Oberhessische und Nahebahn belebter. Banfactien fest, aber sehr still. Preuß. Hypoth. (Spielhagen) belebt und steigend. Coburger rege, Caro-Hertel, Makler-Ber.-B., Nordde. Gründer, Meining, Petersburger Internat, Thüringische, Hübler, Frankfurter Wechslerbank und Niederschlesischer Cassenverein zählen ebenfalls zu den beliebtesten Devisen. Industriepapiere meist geschäftlos, Lande höher. Bauverein Königstadt anziehend, Westend weichend. Droschen, Große Pferdebahn, Neptun lebhaft, Simon Holt besser, desgleichen Leonoldsbahn und Bresl. Delfsbarf, Bergwerke weniger fest, Laura matt. Wechsel bei fester Stimmung in geringem Verkehr meist höher. Um 2½ Uhr schwächer. Credit 142%, Lomb. 83%, Franz. 183%, Disc.-Comm. 180%, Dortmunder Union 38, Laura 136. (Bank- u. H.-B.)

Berlin, 5. November. [Producentenbericht] Die Stimmung für Roggen war heute sehr belebt und unter lebhaften Umtischen erlangte Preise besonders für laufende Termine einen ganz merklichen Anstieg. Loco wurde wenig angeboten. — Regenmehl fest und höher. — Weizen beserte seine Course nur wenig, da die Kauflust sehr zurückhaltend, nahe Lieferung war sogar eher matt. — Hafer loco etwas fest; Ternine höher, namentlich bei leichten entfernten Sichten. — Rüböl wenig verschwendt. — Spiritus still und ziemlich fest.

Weizen loco 58-72 Thlr. pr. 1000 Kilogr. na h Qualität gefordert, ordin. gelber — Thlr. bez., gelb — Thlr. bez., inländ. östlicher — Thlr. bez., weißer vol. — Thlr. ab Bahn 1 bez., pr. November 60% Thlr. bez., pr. November-December 60% Thlr. bez., pr. December-Januar — Thlr. bez., pr. April-May 184%, Rchmt. bez., pr. Mai-Juni — Rchmt. bez., — Gefündigt 19,000 Ctnr. Kündigungsspreis 160% Thlr. — Roggen pr. 1000 Kilogr. loco 51-58% Thlr. nach Qualität gefordert, russischer — Thlr. bez., neuer russischer 53-54 Thlr. bez., inländ. östlicher 56-58% Thlr. ab Bahn bez., ges. einger. inländischer — Thlr. bez., voln. — Thlr. bez., pr. November 52-4-53-52% Thlr. bez., pr. November-December 50%-51-50% Thlr. bez., pr. December-Januar — Thlr. bez., pr. Frühjahr 146%-147%-147% Rchmt. bez., Gefündigt 1 Ctnr. Kündigungsspreis 160% Thlr. — Ternine loco 54-65 Thlr. nach Qualität gefordert, — Hafer pr. 1000 Kilogr. loco 53-64 Thlr. nach Qualität gefordert, böhmisches — Thlr. bez., östreichischer 53-60 Thlr. bez., westpreußischer 53-60 Thlr. bez., neuer russischer 53-60 Thlr. bez., schlesischer — Thlr. bez., galizischer und ungarischer 53-58 Thlr. bez., pommerischer 60-63 Thlr. ab Bahn bez., mecklenburg 60-63 Thlr. ab Bahn bez., pr. November 57% Thlr. Gd., 58 Thlr. Br., pr. November-December 56% Thlr. bez., pr. December-Januar — Thlr. bez., pr. Frühjahr 165%-166% Rchmt. bez., pr. Mai-Juni — Rchmt. bez., Gefündigt 1000 Ctnr. 165%-166% Rchmt. bez., pr. Mai-Juni — Rchmt. bez., Gefündigt 1000 Ctnr. Kündigungsspreis 57% Thlr. — Erbsen: Kochsäure 65-75 Thlr. bez., Kündigungsspreis 57% Thlr. — Erbsen: Kochsäure 65-75 Thlr. bez., Kündigungsspreis 57% Thlr. — Weizenmehl Nr. 0 pr. 100 Kilogr. Br. unterteuert vol. Sad 9½-9¾ Thlr., Nr. 0 und 1 8%-8½ Thlr. — Roggenmehl Nr. 0: 8%-8½ Thlr., Nr. 0 und 1 7½-7¾ Thlr. bez., — Roggenmehl Nr. 0 und 1: pr. November 7 Thlr. 27-29-28 Sgr. bez., pr. November-December 7 Thlr. 18-20-19 Sgr. bez., pr. December-Januar — Thlr. bez., pr. Januar-Februar 22-6-7-6 Rchmt. bez., pr. Februar-März — Rchmt. bez., pr. März-April — Rchmt. bez., pr. April-May 22,1 Rchmt. bez., pr. Mai-Juli — Rchmt. bez., Gefündigt 1000 Ctnr. Kündigungsspreis 17½% Thlr. — Leindotter 2600 Ctnr. Kündigungsspreis 17½% Thlr. — Leindotter loco 22½ Thlr. — Petroleum pr. 100 Kilogr. incl. Fass loco 7½ Thlr. bez., pr. November 7-6½ Thlr. bez., pr. November-December 7-6½ Thlr. bez., pr. December-Januar — Thlr. bez., pr. Januar-Februar — Rchmt. bez., pr. April-May — Thlr. bez., Gefündigt 250 Barrels. Kündigungsspreis 7 Thlr. — Spiritus pr. 10,000 Liter Ileo „ohne Fab.“ 18 Thlr. 4-5 Sgr. bez., mit Fab. „mit Fab.“ pr. November 18 Thlr. 5-7 Sgr. bez., pr. November-December 18 Thlr. 2-4 Sgr. bez., pr. December-Januar — Thlr. bez., pr. Januar-

Februar 17½-17½ Thlr. bez., pr. December-Januar — Thlr. bez., pr. April-May 56-55-55-55 Rchmt. bez., pr. Mai-Juni 56,8-56,6 Rchmt. bez., Gefündigt 2600 Ctnr. Kündigungsspreis 17½% Thlr. — Leindotter loco 22½ Thlr. — Petroleum pr. 100 Kilogr. incl. Fass loco 7½ Thlr. bez., pr. November 7-6½ Thlr. bez., pr. November-December 7-6½ Thlr. bez., pr. December-Januar — Thlr. bez., pr. Januar-Februar — Rchmt. bez., pr. April-May — Thlr. bez., Gefündigt 250 Barrels. Kündigungsspreis 7 Thlr. — Spiritus pr. 10,000 Liter Ileo „ohne Fab.“ 18 Thlr. 4-5 Sgr. bez., mit Fab. „mit Fab.“ pr. November 18 Thlr. 5-7 Sgr. bez., pr. November-December 18 Thlr. 2-4 Sgr. bez., pr. December-Januar — Thlr. bez., pr. Januar-

Februar — Rchmt. bez., pr. April-May 56,2-56,4 Rchmt. bez., pr. Mai-Juni 56,6-56,7 Rchmt. bez., — Gefündigt — Liter. Kündigungsspreis Thlr. — Sgr.

Berliner Börse vom 5. November 1874.

Wechsel-Course.

| Amsterdam | 250 Fl. | 8 T. | 3½ | 144½ | bz | Aachen-Mastricht | 1 | 1½ | 4 | 31 | G |
|---------------------|---------|------|-------|-------|-------------------|------------------|-----|----|-----|-------|-----|
| do. | do. | 2 M. | 3½ | 143½ | bz | Berg.-Markische | 6 | 3 | 4 | 85 4½ | bz |
| Augsburg | 100 Fl. | 2 M. | 4½ | 56,20 | G | Berlin-Aholt | 17 | 16 | 4 | 145 | bzG |
| Frankf.t.M. 100 Fl. | 2 M. | 5 | — | — | — | do. Dresden | 5 | 5 | 6 | 61½ | bzG |
| Leipzig 100 Thlr. | 8 T. | 5½ | 90% | G | Berlin-Görlitz | 3½ | 3 | 4 | 81 | bz | |
| London 100 Thlr. | 3 M. | 4 | 6,22½ | bz | Berlin-Hamburg | 12 | 10 | 4 | 190 | bzG | |
| Paris 300 Frs. | 8 T. | 4 | 81½ | bz | Berl. Nordbahn | 5 | 5 | 6 | 19 | bz | |
| Petersburg 1000 R. | 3 M. | 5½ | 92½ | bz | Berl.-Feld. Magd. | 8 | 4 | 4 | 102 | bz | |
| Warschau 20 SR. | 8 T. | 4 | 94½ | bz | Berlin-Stettin | 12½ | 10% | 4 | 146 | bz | |
| Wien 150 Fl. | 8 T. | 4½ | 92½ | bz | Böh. Westbahn | 6 | 5 | 5 | 92½ | bzG | |
| do. | do. | 2 M. | 4½ | 91½ | bz | Breslau-Freib. | 7½ | 8 | 4 | 103 | bz |

Fonds- und Geld-Course.

| Freiwill. Staats-Anleihe | 4½% | — | Aachen-Minden | 97½ | 20 | Eisenbahn-Stamm-Aktion. |
|--------------------------|------|-----|-------------------|------|------|-------------------------|
| Staats-Anl. 4½% 100% bz | 105 | — | Divid. pro | 1872 | 1873 | Zl. |
| do. consolid. | 105 | — | do. | 1872 | 1873 | 1874 |
| do. 40%ige | 99½ | bzG | Aachen-Minden | 1 | 1½ | 4 |
| Plants-Schuldscheine | 3½ | 91½ | Berg.-Markische | 6 | 3 | 4 |
| Fränk.-Anleihe v. 1855 | 120 | B | Berlin-Aholt | 17 | 16 | 4 |
| Berliner Stadt-Oblig. | 102½ | bz | do. Dresden | 5 | 5 | 6 |
| Berliner ... | 100 | bz | Berlin-Görlitz | 3½ | 3 | 4 |
| Possenische | 87½ | bz | Berlin-Hamburg | 12 | 10 | 4 |
| Possenische | 84½ | bz | Berl. Nordbahn | 5 | 5 | 6 |
| Schlesische | 97½ | G | Berl.-Feld. Magd. | 8 | 4 | 4 |
| Schlesische | 95½ | bz | Böh. Westbahn | 6 | 5 | 6 |
| do. neue | 95 | bz | Breslau-Freib. | 7½ | 8 | 5 |
| do. neue | 95 | bz | Cöln-Minden | 1 | 1½ | 4 |
| do. neue | 95 | bz | Cöln-Minden | 1 | 1½ | 4 |
| Cuxhaven Eisenb. | 6 | 6 | do. neue | 95 | 106½ | bz |
| Dod.-Bodenbach-B. | 5 | 6 | Cöln-Minden | 1 | 1½ | 4 |
| Gal.-Carl-Ludw.-B. | 7 | 8½ | do. neue | 95 | 106½ | bz |
| Halle-Sorau-Gub. | 0 | 9 | Cöln-Minden | 1 | 1½ | 4 |
| Hannover-Altenb. | 5 | 6 | do. neue | 95 | 106½ | bz |
| Kaschau-Oderberg | 5 | 6 | do. neue | 95 | 106½ | bz |
| Königr. Rudolph.-Höhl. | 5 | 6 | do. neue | 95 | 106½ | bz |
| Ludwigsburg | 11 | 9 | do. neue | 95 | 106½ | bz |
| Magdeh.-Halberst. | 8½ | 9 | do. neue | 95 | 106½ | bz |
| Magdeh.-Leipzig | 14 | 14 | do. neue | 95 | 106½ | bz |
| do. Lit. B. | 4 | 4 | do. neue | 95 | 106½ | bz |
| Mainz-Ludw.-G. | 11½ | 12 | do. neue | 95 | 106½ | bz |
| Niedersch.-Märk. | 11½ | 12 | do. neue | | | |